

Ende einer 25-jährigen Geschichte?

# Drei Gründe, warum das Hausprojekt Wonnhalde 1a aufgelöst werden soll

Am 22.6.2010 hat der Freiburger Gemeinderat mit Ausnahme der Unabhängigen Listen, drei Sozialdemokraten und einer Christdemokratin, beschlossen, einem Teil der MieterInnen der Wonnhalde 1a zu kündigen, um in den zwei dann frei werdenden 6-Zimmerwohnungen zwei Roma-Familien unterbringen zu können. Sollte die Stadt in einem Räumungsprozess Recht erhalten, hätte sie zusammen mit den in den vergangenen Jahren vollzogenen Entmietungen bereits acht Mietverhältnisse aufgelöst. Natürlich setzt die Stadtverwaltung darauf, dass dann auch die verbleibenden sieben MieterInnen, denen neuerdings großzügigerweise nicht mehr gekündigt werden soll, zermürbt von einem dann fünfjährigen und letztlich erfolglosen Kampf ausziehen werden. In aller Kürze wollen wir an dieser Stelle erläutern, welche Motive und Kräfte seitens der Stadtverwaltung dafür ausschlaggebend sind, um jeden Preis eine vor fünf Jahren begonnene Mobbingkampagne gegen Mieter endlich zum Abschluss zu bringen.



## 1. Das Gelände Wonnhalde als lukratives Spekulationsobjekt

Im Jahr 2003 plante die Stadtverwaltung bekanntlich, im grossen Stil Stadtbauwohnungen an private Investoren zu verkaufen. Bereits in den Jahren zuvor wurden schrittweise Wohnungen und Häuser verkauft. Auch der sogenannte Streubesitz, zu dem auch das Haus Wonnhalde 1a zu rechnen ist, sollte nach und nach veräußert werden, wie dies 2003 vom Gemeinderat nochmals bekräftigt wurde. Im Zuge einer Sanierungsbestandsanalyse errechnet die Stadt, dass das Haus dringend im Umfang von 350 000 Euro saniert werden muss. Als die MieterInnen 2005 die Umwandlung des Hauses in eine Genossenschaft vorschlugen, damit endlich Sanierungsmassnahmen eingeleitet werden können, beginnt die Stadt mit einem Pokerspiel. Zunächst wird der Hausgemeinschaft Interesse am Verkauf signalisiert und die beginnende Entmietung damit begründet, dass das Haus demnächst sowieso an die Hausgemeinschaft veräußert würde. Ein Jahr später wird die Hausgemeinschaft aufgefordert, bitteschön doch das Haus zu verlassen um Platz für die demnächst auf der Strasse stehenden Flüchtlinge aus St. Georgen zu schaffen.

Wenige Monate musste die Stadt einräumen, dass schon vor Verfassen dieser Zeilen Pläne hinsichtlich eines Abrisses der Häuser Wonnhalde 1a und Wonnhalde 1a existierten und bereits interessierte Privatinvestoren für das „gut vermarktbares Gelände“ vorstellig waren. Bezogen auf die Flüchtlinge in St. Georgen räumte die Pressesprecherin gar ein, dass diese bis 2013 dort bleiben könnten, allerdings der weiteren Vermarktung des benachbarten Baugebietes im Wege stünden. Politisch ist diese erste Phase des Vorgehens gegen die Wonnhalde 1a dem schwarz-grünen Lager im Rathaus zuzurechnen, was es übrigens der SPD-Fraktion bis Mitte 2007 noch erlaubte, sich in einer Pressemitteilung solidarisch für die BewohnerInnen

der Wonnhalde 1a und gegen das offensichtliche Ausspielen von Flüchtlingen und Mietern auszusprechen.

Offiziell sind die Verkaufspläne ad acta gelegt. Sollte die Entmietung jedoch Erfolg haben, sieht die Situation in ein paar Jahren so oder so völlig anders aus. Wenn dann die Baufälligkeit verkündet wird stünde einem Abriss und damit einem Verkauf nichts mehr im Weg.

## 2. Das Scheitern der „Bemühungen“ um eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen

Nachdem die Spekulations- und Verkaufspläne aus unterschiedlichen Gründen zurückgestellt werden mussten, übernimmt das neu geschaffene, Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach (SPD) unterstehende Amt für Wohnraumversorgung Anfang 2008 die Akte Wonnhalde 1a. Das Amt steht von Anfang an unter Druck. Mit weniger Mitteln als zuvor soll die Wohnraumversorgung und Betreuung von Flüchtlingen und Obdachlosen gewährleistet werden und dabei der vom Gemeinderat 2002 verfasste Leitsatz einer anzustrebenden dezentralen, quartiersnahen Unterbringung von Flüchtlingen berücksichtigt werden.

Faktisch stösst das neue Amt dabei an Grenzen, weil seit Jahren der Wille bei Stadtbau und Liegenschaftsamt fehlt, Roma in den durchaus immer wieder leerstehenden städtischen Wohnungen unterzubringen. Längst hätte man auch durch unaufwendige Umbauten die vielen 3-Zimmerwohnungen zu mehreren 6-Zimmerwohnungen verbinden können. Auch grössere Wohnungen, die man uns als Ersatz angeboten hatte, sollten partout nicht mit Roma belegt werden. Es ist ziemlich offensichtlich, dass man Konflikten mit Nachbarschaften aus den Weg gehen will und deshalb die auf dem Papier angestrebte dezentrale Unterbringung von Roma vermeiden will. Weil zugleich auch der Wegfall von Heimen kompensiert werden muss, deren Gelände für anderen Zwecke „lukrativer“ verwendet werden können, kommt nun das durch die schwarz-grüne Vorarbeit teilentmietete Haus Wonnhalde 1a am Stadtrand wie gelegen. Von Kirchbach räumte in seiner Rede am 22.6.2010 ein, dass die Mieter allein deshalb nun endlich raus sollen, weil man in dieser Sache Handlungsfähigkeit um jeden Preis zeigen muss.

Würde es wirklich um Integration und nicht um Problemverschiebung gehen, dann würde die Stadt niemals ausgerechnet solchen Mietern kündigen, die seit 20 Jahren in guter Nachbarschaft mit Obdachlosen und geistig Behinderten und seit drei Jahren sehr gut mit einer sechsköpfigen Romafamilie im Haus lebt.

## 3. Der kulturelle Hintergrund: Kontrolle statt mündige Mieter

Ein weiteres Moment der städtischen Kampagne sollte nicht vergessen werden. Die Leitung des gutsherrenartig geführten **Amtes für Liegenschaften und Wohnungswesen** sah 2004 endlich die Gelegenheit gekommen, mit den „unhaltbaren Verhältnissen“ in der Wonnhalde 1a aufzuräumen. Es hatte sich über 25 Jahre eine solidarische Hausgemeinschaft herausgebildet und in Absprache mit der Stadt wurde bei Fluktuation in den beiden grossen Wohngemeinschaften immer in Absprache mit der WG und der Stadt an wohnberechtigte Menschen weitervermietet. Langsam aber missfiel es dem Amt, dass MieterInnen eines städtischen Wohnhauses gemeinschaftliches Wohnen nicht im Sinne sozialer Kontrolle von Nachbarn, sondern als solidarische Selbstverwaltung interpretierten. Dessen Amtsleiter hat bereits im Umgang mit den Wagenburglern, die er öffentlich mit Neandertalern verglich, gezeigt, was er von alternativen Lebensformen hält. Ganz offensichtlich spielt hier ein Hass gegen MieterInnen, sofern diese nicht isoliert in ihrer Wohnung sitzen, demütig für ein Dach überm Kopf dankbar sind, und keine Ansprüche auf Mitbestimmung erheben.

### Wie geht's jetzt weiter?

Leider müssen wir uns nun auf der juristischen Ebene mit den Lügen der Stadt auseinandersetzen. Ab November diesen Jahres wird es wohl zu einem Räumungsprozess kommen. Unsere Devise bleibt. Entweder bleiben wir alle oder gehen wir alle gemeinsam. Neben der moralischen Unterstützung freuen wir uns über Geldspenden, um den Prozess führen zu können.

Mehr Informationen: [www.wonnhalde.org](http://www.wonnhalde.org)